

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

SOGEKO will eine Überprüfung der Restfinanzierungskosten in der Langzeitpflege

Solothurn, 4. Oktober 2010 – Die kantonsrätliche Sozial- und Gesundheitskommission beantragt, den dringlichen Auftrag der Fraktion FDP zur Regelung der Restfinanzierungskosten in der Langzeitpflege erheblich zu erklären. Weiter befasste sie sich mit dem Voranschlag 2011.

Sollen die Bewohnerinnen und Bewohner von Solothurner Alters- und Pflegeheimen pro Aufenthaltstag bis zu einhundert Franken mehr bezahlen als Bewohner in Nachbarkantonen? Dies ist die zentrale Frage des dringlichen Auftrags der FDP. Die Liberalen. Ab 2011 regelt der Bund die Langzeitpflege im KVG neu. Die Kostenbeteiligung der Bewohner bei den medizinischen Leistungen wird durch den Bund auf maximal Fr. 21.60 begrenzt. Bei den Betreuungskosten verlangt das revidierte KVG lediglich, dass die Kantone die Finanzierung der Restkosten regeln. Während in den meisten anderen Kantonen die Betreuungskosten entweder durch die Kantone oder durch die Gemeinden übernommen werden, sieht der Regierungsrat vor, dass diese im Kanton Solothurn zu den Hotelleriekosten geschlagen und somit von den Bewohnern getragen werden müssen. Dies führt dazu, dass die Bewohner von Solothurner Pflegeheimen je nach Höhe der Pflegestufe Taxen bezahlen müssen, die bei den angrenzenden Kantonen mit etwa zweihundert Franken rund hundert Franken tiefer liegen.

Die SOGEKO will eine grundsätzliche gesellschaftspolitische Diskussion der Kostentragung und beantragt daher, den dringlichen Auftrag der FDP. Die Liberalen erheblich zu erklären. Die vom Regierungsrat vorgesehene Abwälzung der Betreuungskosten hat zur Folge, dass die Langzeitpflege zu einem forcierten Vermögensverzehr der Pflegebedürftigen führt. Verschiedene Kommissionsmitglieder monierten, dass dadurch der Grundsatz der Eigenverantwortung massiv untergraben werde.

Die Kommission befasste sich auch mit dem Voranschlag 2011. Dem neuen Globalbudget 2011 bis 2013 des Amtes für Gemeinden und Zivilstandsdienst wurde einstimmig zugestimmt. Die laufenden Globalbudgets aus dem Bereich Soziales und Gesundheit wurden unverändert belassen.